

VON ELI M. NOAM

Einige erwarten Aufklärung und Erziehung, andere dagegen Pornografie und Glücksspiel – das Internet sorgt für Kontroversen. Nur wenn es um dessen Einfluss auf demokratische Prozesse geht, sind die Antworten einhellig: Das Internet ist gut für die Demokratie. Es erschafft „digitale Bürger“ („Wired“ 1997), die aktiv in einer „vibriierenden Teledemokratie“, einer „Elektronischen Republik“, in der „Digitalen Nation“ mitmachen. So schreiben es namenhafte Wissenschaftler.

Dabei werden folgende Gründe genannt:

1. Das Internet erleichtert politische Beteiligung;
2. es stärkt den politischen Dialog;
3. es schafft Gemeinschaft;
4. es kann nicht von der Regierung kontrolliert werden;
5. es hebt die Wahlbeteiligung,
6. es ermöglicht besseren Kontakt zu Politikern;
7. es verbreitet die Demokratie weltweit.

Diese fragwürdigen Thesen werden nicht nur von Industrie und Medien verfochten, sondern auch von einer großen Koalition selbst ernannter Zukunfts-Politiker, von Gore bis Gingrich, von Bangemann bis Blair. Im Gegensatz dazu glaube ich: Das Internet hilft der Demokratie nicht, sondern gefährdet sie.

*Das Internet verteuert Politik und erschwert den Zugang*

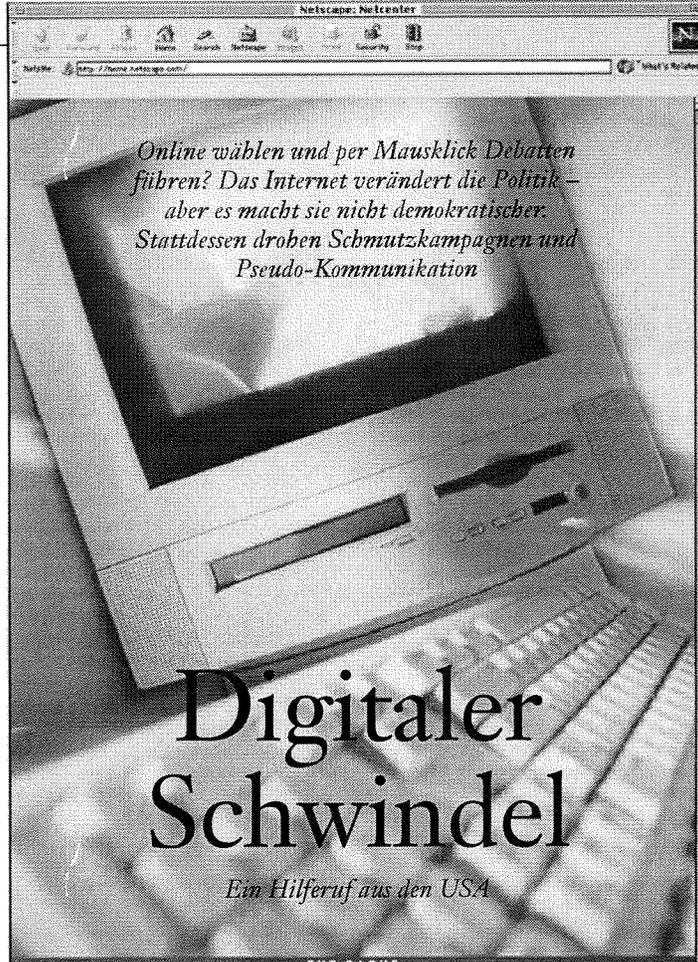
1. Die Hoffnung bestand darin, die Online-Öffentlichkeit werde eine elektronische Ausgabe der Schweizer Kantonversammlungen sein, offen und fortdauernd. Stimmt das tatsächlich? Das künftige Internet mit Breitband-Technologie wird aufwendige Videos und multimediale Nachrichten bieten. Die Erwartungen werden unwillkürlich steigen. Wenn jeder etwas sagen kann, wenn wird dann noch zugehört? Unmöglich jedem. Leider wird sich nicht das wichtigste Thema durchsetzen, sondern in der Regel das am besten produzierte, raffinierteste und am stärksten beworbene. Und das ist teuer.

Zudem benötigt effektive Politik im Internet aufwendige und kostenintensive Datenbanken. Denn im Gegensatz zu traditionellen Massenmedien wenden sich Online-Medien an ausgesuchte Individuen. Statt TV-Spots für alle wird die Netzpolitik für Einzelne maßgeschneidert. Dafür werden detaillierte Informationen über Interessen und Vorlieben der potenziellen Wähler gebraucht. Datenbanken werden zum Schlüssel politischer Arbeit. Wenn Parteien aber Informationen über die Ansichten, Ängste und Gewohnheiten von Millionen Bürgern sammeln, entsteht ein Problem für den Datenschutz.

*Das Internet erschwert den vernünftigen und kenntnisreichen politischen Dialog*

2. Nur weil die Quantität der Informationen zunimmt, heißt das nicht, dass auch ihre Qualität steigt. Im Gegenteil. Weil das Internet zu einer Informationsflut führt, muss jede Botschaft noch lauter angepöbeln werden. Politische Information wird schrill, verzerrt, vereinfacht.

Das Internet stellt nicht zwischen Geschäft und Politik, es ist Teil von beidem. Es holt die Methoden der traditionellen Medien aus: Der notwendigerweise beschleunigte Nachrichten-Kreislauf führt zur weniger sorgsam Überprüfung der Nachrichten, während der Wettbewerb zu mehr Sensationsmache führt. Das Ergebnis: Medien-Events, Sound-Schnipsel, Infotainment.



Unsere Gesellschaft ist reif genug für die Internet-Technologie; Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn (SPD), widerpricht Noams Thesen. „Schnelle und umfassende Informationsmöglichkeiten sind in einer Demokratie eine Chance.“ Allerdings sieht Bulmahn, die momentan am so genannten Internet-Masterplan der Bundesregierung arbeitet, den Einfluss des Staates gegenüber kriminellen Handlungen im Netz als beschränkt an. Der Staat könne seine Schutzfunktion nur durch eine verstärkte europäische und internationale Zusammenarbeit erfüllen.

Auch FDP-Bundesvorstand Jörgo Chatzmarkakis widerspricht der Skepsis gegenüber dem Internet, schließlich fördere es „die Mündigkeit der Bürger“, da jeder fast jede Information bekomme. Deshalb sei es diktatorfeindlich: „In informationstechnisch hoch integrierten Gesellschaften wird die Wiederkehr totalitärer Herrschaftssysteme immer unwahrscheinlicher.“ Der Mitbegründer der Internet-Plattform Politik-Digital, Philipp

Stradmann, ist sich mit Noam einig, dass die Online-Entwicklung keine „elektronische Allzweck-Wunderwaffe gegen Polit-Lethargie“ sei. Allerdings sei das Internet „hervorragend geeignet, politische Information, Kommunikation und Organisation schnell und flexibel herzustellen.“ Zudem sieht Stradmann nationale Differenzen: „Von einer Situation, wie sie Noam beschreibt, in der sich in der Fülle der Netz-Initiativen nur die personell und finanziell Potentesten Gehör verschaffen können, sind wir in Deutschland noch weit entfernt.“ Stradmann will mit der unabhängigen Plattform

**„Eine Chance für die Demokratie“**

Kritik an Noams Thesen

(www.politik-digital.de) „digitalen Mehrwert“ schaffen. Durch ein Informations- und Service-System, das gerade aufgebaut wird, soll künftig jeder schnell recherchieren und mit politisch Verantwortlichen Kontakt aufnehmen können. Ob dann tatsächlich Politiker antworten oder nur gespeicherte Info-Häppchen versendet werden, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Zudem erlaubt das Internet Anonymität. Die Folge sind Gerüchte und politische Attacken aus dem Hinterhalt. Das Internet lässt sich eher für politische Schlammschlächten gebrauchen als das stärker berechenbare Fernsehen.

*Das Internet trümt genauso, wie es verbindet*

3. Demokratie beruht seit jeher auf 3. Gemeinshaft – in klar umgrenzten Gebieten wie Wahlbezirken, Städten und Staaten. Ändert sich die Kommunikation, berührt das die Gemeinshaft: Während das Internet mit neuen und weit entfernten Menschen verbindet, verringert es gleichzeitig die Beziehung zu den Nachbarn.

Der langfristige Einfluss billiger und bequemer Kommunikation bedeutet eine Zersplitterung der Bevölkerung, also eine größere Isolation. Gleichzeitig führt der enorme Anstieg der Informations-Kanäle zu individualisierten Massenmedien. Kritiker, die Fernsehen nur als Programm mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner sehen, denken zwischen nostalgisch auf den „elektronischen Kamin“, um den sich die Gesellschaft schart. Sie vermissen die integrative Rolle.

Das Internet wird neue Arten elektronisch verknüpfter Gemeinschaften schaffen. Aber sie unterscheiden sich von den früheren Gemeinschaften, in denen sich Menschen aus allen Schichten trafen – vom Metzger bis zum Kerzenmacher. Stattdessen entstehen neue Öffentlichkeiten, die anhand gemeinsamer Interessen wie Wirtschaft, Politik oder Hobbys entstehen. Diese Gruppen werden dazu tendieren, themenbezogen, beschränkter und manchmal extremer

zu sein, weil Gleichgesinnte ihre Ansichten gegenseitig verstärken.

Zudem werden viele dieser communities in Privatbesitz sein, ähnlich einem Einkaufszentrum: mit dem Recht jemanden hinauszuerwerfen, zu fördern, zu zensieren. Es war vielleicht das größte Ziel von Internet-Portalen wie AOL, eigene virtuelle Gemeinschaften zu schaffen. Diesen Wert werden sie wohl kaum für einen demokratischen Prozess preisgeben.

*Information schwächt den Staat nicht unbedingt*

4. Kann das Internet Diktaturen schwächen? Natürlich. Tyrannie und Meinungskontrolle werden schwieriger. Aber Internet-Romaniker unterschätzen gerne die Fähigkeit von Regierungen, das Internet einzuschränken und es als Überwachungs-Instrument zu nutzen. Wie schnell wir doch vergessen: Nur einige Jahre zuvor hatte die Informations-Technologie das Image des big brother. Das war natürlich übertrieben, aber das Überwachungs-Potenzial ist keine Romanfiktion. So genannte cookies können den Computer-Gebrauch überwachen. Bei kabellosen Geräten kann der Aufenthaltsort des Benutzers bestimmt werden.

Bürgerkriegs-Situationen beruhen normalerweise nicht auf einem Mangel an Information. Trotzdem besteht der unsterbliche Glaube weiter, Information schaffe Toleranz. Hitler kam in einer Republik an die Macht, in der politische Information und Kommunikation im Überfluss vorhanden waren.

*Elektronisches Wählen stärkt nicht die Demokratie*

5. Elektronisches Wählen ist nicht einfach die übliche Wahl ohne unbequemes Warten. Wenn die Wahl so funktioniert wie eine Fernbedienung, bleibt wenig vom bürgerlichen Engagement der Wahl. Wenn sie von einer Umfrage nicht mehr zu unterscheiden ist, verschwimmen die Grenzen von Wahl und Umfrage. Erfahren die Wähler die Ergebnisse zu früh, wird die ganze Abstimmung in Frage gestellt und die Beteiligung wird erneut sinken.

*Direkter Zugang zu Politikern ist ein Schwindel*

6. Ja, jeder kann E-Mails an Politiker abfeuern und bekommt vielleicht sogar eine Antwort. Aber eine beschränkte Ressource wird weiterhin knapp sein: die Aufmerksamkeit dieser Politiker. Notwendigerweise werden nur wenige Mails durchkommen. Die Antworten sind gespeichert, wie bei Anrufbeantwortern. Während die Nachfrage steigt und das Angebot stagniert, wird der Preis für den Zugang zur Macht steigen. Das hilft dem demokratischen Prozess nicht.

*Die Politik eines Staates kann international manipuliert werden*

7. Warum mit einem US-Botschafter verhandeln, wenn man sich auf den entscheidenden Kongressabgeordneten direkt einschleichen kann: durch E-Mail-Kampagnen, Einsprüche in so genannten Chat-Groups, Fehlinformation. Es wird zunehmend schwerer, in einer globalisierten Welt Politik für eine Nation zu machen. Die Schwierigkeit einer Gesellschaft, die eigenen Angelegenheiten zu kontrollieren, führt unweigerlich zu mehr Eingriffen.

Das Internet kann schwer zugängliche Gruppen erreichen und hat bereits eine Menge Energie und Kreativität freigesetzt. Aber es wäre naiv, am Image des frühen Internets festzuhalten – unkommerziell, kooperativ, frei – und zu ignorieren, dass es zum kommerziellen Medium wird.

Wenn überhaupt, führt das Internet zu weniger Stabilität, größerer Vereinzelung und geringerer Möglichkeit für einen breiten Konsens. Es ist ein aufregendes Instrument. Aber befreiend? Wir können die Probleme nicht erkennen, wenn wir weiterhin die virtuelle rosa Brille aufsetzen. Und denken, wir seien einen analogen Schritt weiter zu einem besseren politischen System, wenn wir alles in 1 und 0 ausdrücken.

ELI M. NOAM (53) ist Gründer des Columbia Institute for Tele-Information, New York, und lehrte dort als Professor für Finanzen und Wirtschaft. Der Internet-Experte, dessen Text auf einem Vortrag am Nixdorf Computer Museum basiert, veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter „Telecommunications in Europe“